

Kommunales/Gemeindetag/Niederösterreich \*\*\*OTS-PRESSEAUSSSENDUNG\*\*\*

### **LHStv. Karl Schlögl vor dem NÖ-Gemeindetag**

Utl.: Wichtigste Forderungen der SPÖ befriedigen =

St. Pölten (NLK) - "Die finanzielle Manövriermasse der Gemeinden dürfe nicht weiter eingeschränkt werden", sagte heute LHStv. Mag. Karl Schlögl in seinem Referat vor dem NÖ-Gemeindetag im Zentrum 2000 in Stockerau. Die Gemeinden seien der wichtigste Arbeitgeber und zugleich ein bedeutsamer Investor für die Wirtschaft. Mehr Geld für die Forschung, für die Bildung und für den raschen Ausbau der Infrastruktur von Straße und Schiene wären gleichfalls dringend notwendig. Schlögl forderte auch eine Weiterführung der Regionalisierung sowie des "Europa-Programmes" für Niederösterreich, also mehr Förderungen für die Grenzregionen und damit auch ein Abbau der Unterschiede des Wohlstandes der Bevölkerung und zwischen den Regionen in Niederösterreich. In 15 Jahren seien so bereits 800 Projekte in allen Teilen des Landes mit ca. 5,5 Mrd. Schilling gefördert und damit ein Invest-Volumen von über 15 Mrd. Schilling ausgelöst worden. Einen weiteren Ausbau der sozialen und familienpolitischen Einrichtungen, wie Sozialzentren und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Lösung der Zweitwohnsitze-Problematik - noch immer gibt es aus dem Finanzausgleich für die Gemeinden kein Geld für die Zweitwohnsitzer - und Maßnahmen gegen ein "Kaputt-Sparen" der Bildung sind weitere wichtige Forderungen. Ein Abbau von 850 Lehrerinnen und Lehrern in Niederösterreich in den kommenden vier Jahren sei absolut unverantwortlich.

Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Niederösterreich, Bürgermeister Anton Koczur, meinte, "die Sozialdemokraten seien in der letzten Gemeinderatswahl deshalb erfolgreich gewesen, weil die Kommunalpolitiker die unmittelbaren Ansprechpartner der Bürger und Bürgerinnen gewesen seien. Die Sozialdemokraten würden bereits für die Leistungsbilanz bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2005 arbeiten. ß

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung  
Pressestelle  
Tel.: 02742/200-2180

ß

()

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

OTS0068 2000-11-18/14:02

181402 Nov 00

Kommunal/Finanzen/Kongress/Österreich/Vorarlberg/Zus

### **47. Österreichischer Gemeindetag in Dornbirn beendet - TM**

Utl.: Resolution fordert Gerechtigkeit für Gemeinden

48. Gemeindetag im Juni 2001 in Schladming =

Bregenz (APA) - Mit einem Festakt in der Dornbirner Messehalle ist heute, Freitag, der 47. Österreichische Gemeindetag nach zwei Tagen zu Ende gegangen. 1.200 Gemeinden aus dem gesamten Bundesgebiet waren mit über 1.600 Bürgermeistern und Mandataren vertreten. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Verschuldung der Gemeinden und die laufenden

Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich. Der nächste Gemeindetag findet am 20. und 21. Juni 2001 in der obersteirischen Gemeinde Schladming statt, wurde bekannt.

Prominentester Gast am Schlußtag war Bundespräsident Thomas Klestil, der in seine Rede einen dringenden Appell zur Mäßigung in der Wahl der Worte im Zuge der politischen Auseinandersetzung einbaute. Bei aller politischen Gegensätzlichkeit dürfe es zu keiner Eskalation der Sprache kommen, forderte Klestil. Der soziale Friede dürfe nicht gefährdet werden. Alle Konflikte seien in der zweiten Republik immer durch das Gespräch und die Dialogbereitschaft bereinigt worden. Bei aller Härte der Budgetsanierung dürfe diese Klima des Miteinander nicht verloren gehen. "Die Republik darf nicht brennen! Die Republik wird nicht brennen", sagte der Bundespräsident unter Beifall.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer aus Salzburg begrüßte u.a. auch Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer, der über "Zukunftssicherung durch Nachhaltigkeit" referierte, und Sozialministerin Elisabeth Sickl (F). Mödlhammer verwies neuerlich auf den drückenden Schuldenberg der österreichischen Gemeinden und urgierte eine gerechtere Verteilung der Lasten. Kernforderung für den neuen Finanzausgleich sei ein spürbarer Schritt in Richtung Abschaffung des "antiquierten" abgestuften Bevölkerungsschlüssels für die Verteilung der gemeinsamen Steuern. Vorgeschlagen werde die Anhebung des Sockelbetrages. Der Gemeindebund wolle die großen Städte nicht "abräumen", erwarte aber mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für die kleinen und mittleren Gemeinden, damit diese in der Lage bleiben, auch weiterhin ihre Leistungen für die Bürger zu erbringen. In diesem Sinne wurde vom Gemeindetag auch eine Resolution an die Bundesregierung verabschiedet.

Der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart appellierte als Vertreter des Städtebundes, bei der Sanierung der Finanzen nicht einsame, sondern gemeinsame Lösungen zu suchen: "Städte und Gemeinden sitzen in einem Boot".

Vorarlbergs Landeshauptmann Herbert Sausgruber (V) rief zur möglichst raschen Budgetsanierung auf und erinnerte in Anwesenheit von Finanzstaatssekretär Alfred Finz an das Angebot der Länder, zur Sanierung des Bundeshaushalts einen Maastricht-relevanten Beitrag von rund 23 Mrd. S und zusätzlich drei Milliarden bar einzubringen. Die Wohnbauförderung der Länder müsse allerdings bleiben.

(Schluss) ka/si/me

APA0541 2000-09-29/15:24

291524 Sep 00

---

APA0464 5 II 0341 WI      *Siehe APA0116/29.09 Fr, 29.Sep 2000*

*Finanzen/Währung/Euro/Gemeindebund/Finz/Österreich/Vorarlberg*

### **Österreichs Gemeinden schon ziemlich Euro-fit BILD**

Utl.: Den Menschen Angst vor dem Euro nehmen -

Finz: Kosten für Währungsumstellung werden nicht ersetzt =

Bregenz/Dornbirn (APA) - Österreichs Gemeinden seien für die in gut 450 Tagen erfolgende Bargeldumstellung auf den Euro "voll im Zeitplan", teilweise sogar voraus. Das sei zu einem guten Teil auf Initiativen des Gemeinde- und Städtebundes zurückzuführen, betonte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer am Freitag nach Abschluss des 47. Österreichischen Gemeindetages in Dornbirn.

Gemeinsam mit Finanzstaatssekretär Alfred Finz informierte Mödlhammer in einem Pressegespräch über die Euro-Umstellung am 1. Jänner 2002. Der Staatssekretär erinnerte daran, dass die Währungsumstellung einheitlich am 1. Jänner 2002 beginnt und der Schilling dann nur noch zwei Monate als gesetzliches Zahlungsmittel gültig bleibt. Er rechne damit, dass der größte Teil des Umtausches in den ersten zwei Wochen vor sich gehen wird, hauptsächlich über die Banken und den Handel.

Die durch den Währungsumtausch erwachsenden Kosten werden der Wirtschaft vom Staat nicht ersetzt, bekräftigte Finz. Als Ausgleich würden Export, Tourismus und andere Wirtschaftszweige von den Vorteilen der Einheitswährung profitieren. Im Vorfeld gehe es nicht zuletzt auch darum, den Menschen die Angst vor dem Euro zu nehmen, waren sich Finz und Mödlhammer einig.

Um die Bevölkerung auf die Währungsumstellung vorzubereiten, will die Bundesregierung noch heuer eine Informationskampagne starten, kündigte der Staatssekretär an. Dabei müssten die Gemeinden einbezogen werden, forderte Mödlhammer. Das Beispiel Dänemark zeige "was passiert, wenn die Gemeinden und Bürger nicht einbezogen werden. Bei der Informations- und Überzeugungsarbeit würden die Kommunen gerne mittun, allerdings dürften daraus für die Gemeinden keine zusätzlichen Kosten entstehen, schränkte Mödlhammer ein.

Die Dimensionen der Umstellung für die Kommunen - von der Verwaltung bis zur EDV und dem internen Verrechnungswesen - versuchte Mödlhammer mit einem Beispiel zu demonstrieren: Rund 70.000 monetäre Bezüge in kommunalen Verordnungen und Tarifen bis hin zu Parkscheinen und Automaten müssten umgestellt und umgerechnet werden. In weiten Bereichen seien die Städte und Gemeinden der Privatwirtschaft voraus. Gut im Zeitplan, so Staatssekretär Finz, seien der Bund und die öffentliche Hand sowie die meisten Großbetriebe. Kleinunternehmen seien vielfach noch nicht so Euro-fit.

(Schluss) ka/lm

APA0464 2000-09-29/14:28

291428 Sep 00

---

APA0121 5 II 0362

F. APA0116/29.09 Fr, 29.Sep 2000

*Kommunal/Finanzen/Energie/Kongress/Klestil/Vorarlberg*

## **Gemeindetag 2 - Klestil: Öffentliche Aufgaben fair verteilen**

Utl.: Appell: Energiesparen zu zentralen politischen Anliegen machen Bregenz/Dornbirn/APA =

Im Sinne vernünftiger Subsidiarität müssten die öffentlichen Aufgaben "gerecht und fair" auf die Schultern aller Gebietskörperschaften verteilt werden. Das gelte auch für die Bereitstellung der finanziellen Mittel. Das sagte Bundespräsident Thomas Klestil heute Freitagvormittag beim 47. Österreichischen Gemeindetag in Dornbirn.

Beim Festakt in der Messehalle betonte Klestil, es sei nicht seine Aufgabe, in laufende Verhandlungen über den Finanzausgleich einzugreifen. Er wolle jedoch unterstreichen, dass dem Grundsatz der Subsidiarität nur in Partnerschaft der Gemeinden mit Bund und Ländern entsprochen werde. Jeder in einer Gemeinde ausgegebene Schilling stärke das Gemeinschaftsgefühl der Bürger und sei damit eine "Investition in eine solidarische Demokratie".

Den überwiegenden Teil der finanziellen Lasten, die mit Umweltschutz verbunden sind, hätten schon bisher die Gemeinden getragen. Ausdrücklich dankte der Bundespräsident für den Beitrag, der in den Gemeinden zur Hebung der Lebensqualität geleistet wird: "Das sollte man auch bedenken, wenn über Einsparungen bei den Gebietskörperschaften diskutiert wird".

Ausführlich ging der Bundespräsident auch auf das Tagungsthema "Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit" ein. Gerade die Gegenwart zeige wieder einmal, wie verletzlich die Energieversorgung in den Industrieländern ist. Schon nach der Ölkrise von 1973 und 1974 seien Strategien des Energiesparens entwickelt, dann aber nicht konsequent genug verwirklicht worden. In dem Zusammenhang appellierte Klestil zu einer neuen Kraftanstrengung.

"Wir sollten nicht durch Proteste auf der Straße - und schon gar nicht durch den Bau neuer Großkraftwerke - sondern mit einem durchdachten und gezielten Maßnahmenpaket das Energiesparen wieder zu einem zentralen politischen Anliegen machen". Das Staatsoberhaupt

plädierte auch dafür, die Anreize für die Nutzung von Sonnenenergie, Wind und Erdwärme zu verstärken und - im Kleinen wie im Großen - die Energiebilanz nachhaltig zu verbessern.

Österreich liege mit einem Anteil von mehr als 26 Prozent erneuerbarer Energieträger an dritter Stelle in Europa. Viele Biomasse-Anlagen würden schon rund zwei Drittel der geplanten Leistung des "Gott sei Dank nie in Betrieb gegangenen" Atomkraftwerkes Zwentendorf ersetzen, erinnerte Klestil: "Beweisen wir uns selbst und unseren Freunden in Europa, dass der richtige volkswirtschaftliche Weg die Strategie der Nachhaltigkeit ist und nicht der ungehemmte Abbau der Ressourcen - und schon gar nicht die Ausweitung der Atomkraft".

(Forts.) ka/lm

APA0121 2000-09-29/09:52

290952 Sep 00

---

APA0116 5 II 0133

Fr, 29.Sep 2000

*Kommunal/Finanzen/Kongress/Klestil/Vorarlberg*

### **Gemeindetag: Klestil appelliert zur Mäßigung der politischen Sprache**

Utl.: "Die Republik darf nicht brennen!" =

Bregenz/Dornbirn (APA) - Bundespräsident Thomas Klestil hat heute, Freitag, Vormittag vor dem 47. Österreichischen Gemeindetag in Dornbirn seinen Appell zur Mäßigung in der Wahl der Worte im Zuge der politischen Auseinandersetzung wiederholt. "Bei aller politischen Gegensätzlichkeit darf es zu keiner Eskalation der Sprache kommen", formulierte der Bundespräsident vor rund 1.500 Bürgermeister und Mandataren aus ganz Österreich.

Der soziale Friede dürfe nicht gefährdet werden, auch das habe mit Zukunftssicherung zu tun, meinte Klestil. Konflikte seien in der zweiten Republik immer durch das Gespräch und die Dialogbereitschaft bereinigt worden. Dieses Klima des Miteinander dürfe bei aller Härte, die die Budgetsanierung auferlege, nicht verloren gehen. "Die Republik darf nicht brennen! Die Republik wird nicht brennen!", betonte der Bundespräsident.

(Forts.) ka/me/lm

APA0116 2000-09-29/09:49

290949 Sep 00

---

APA0787 5 II 0150 WI

Do, 28.Sep 2000

*Kommunal/Kongress/Bürgermeister/Österreich/Vorarlberg/PrimaVista*

### **Klestil beim Österreichischen Gemeindetag in Dornbirn**

Utl.: Gemeindebund will mehr Finanzen für kleine Kommunen =

Bregenz (APA) - Die hohe Verschuldung der österreichischen Gemeinden sowie die laufenden Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind zentrale Themen beim 47. Österreichischen Gemeindetag, der gestern, Donnerstag, in Dornbirn begonnen hat. An die 2.000 Bürgermeister und Mandatare aus ganz Österreich nehmen an der zweitägigen kommunalpolitischen Großveranstaltung in Vorarlberg teil.

Heute Vormittag findet in der Messehalle der offizielle Festakt des Gemeindetages statt, zu dem auch Bundespräsident Thomas Klestil, Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer (V), Sozialministerin Elisabeth Sickl (F) und Finanz-Staatssekretär Alfred Finz (V) erwartet werden. Gemeindebund-

Präsident Helmut Mödlhammer hat schon am Donnerstag mehr Geldmittel für Kleingemeinden und ein schrittweises Abgehen vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel für die Aufteilung des gemeinsamen Steuertopfs gefordert. Die Delegierten des Gemeindetages wollen dem Bundespräsidenten eine Resolution überreichen, in der mehr Partnerschaft zwischen allen Gebietskörperschaften und Verwaltungsebenen eingemahnt wird.

(Schluss) ka/wea

APA0787 2000-09-28/22:00

282200 Sep 00

---

APA0438 5 II 0365 WI

Do, 28.Sep 2000

*Kommunales/Gemeindebund/Finanzen/Österreich/Vorarlberg*

### **Gemeindebund warnt vor Aushungern der Kleingemeinden**

Utl.: Mödlhammer bei Gemeindetag in Dornbirn: "Haben unseren Solidarbeitrag zur Sanierung des Budgets schon geleistet" =

Bregenz/Dornbirn (APA) - Die alarmierende Verschuldung der österreichischen Gemeinden, die laufenden Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich und der starke wirtschaftliche sowie politische Druck auf die Kommunen sind zentrale Themen beim 47. Österreichischen Gemeindetag, der heute, Donnerstag, in Dornbirn begonnen hat. Die Lasten müssten gerechter verteilt werden, forderte Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer (Salzburg) Donnerstag Mittag vor Journalisten in Dornbirn. \*\*\*\*

Die Finanzschulden der Gemeinden haben sich laut Mödlhammer zwischen 1988 und 1998 auf über 120 Mrd. S mehr als verdoppelt. Im Vorjahr und heuer habe sich die Situation weiter verschlechtert. Allein aus der aufgehobenen Getränkesteuer gingen den Gemeinden heuer 2,3 Mrd. S verloren. Dazu komme das Damoklesschwert möglicher Rückzahlungsforderungen im Ausmaß von rund 15 Mrd. S. Der Bund habe zwar eine Ersatzlösung geschaffen, sei aber im Falle von Rückzahlungen zur Hilfe gefordert. Sollte es dazu kommen, so Mödlhammer, "werden wir den Bund in die Pflicht nehmen und notfalls auch klagen".

Der Gemeindebund stehe zur Budgetkonsolidierung, die finanziell angespannten Kommunen könnten aber keine zusätzlichen Belastungen mehr übernehmen, betonte Mödlhammer. "Wir haben unseren Solidaritätsbeitrag zur Sanierung des Budgets schon geleistet". Im Gegenteil, er erwarte im neuen Finanzausgleich eine Stärkung der Kleingemeinden. Es könne nicht so weitergehen, dass sich der Bund immer mehr Steuereinnahmen sichere und die Lasten auf die unteren Gebietskörperschaften abschiebe. Der Anteil der Gemeinden am gesamten Steuerkuchen sei zwischen 1995 und 1998 von 19,1 auf 18 Prozent zurückgegangen. Jener des Bundes und der Länder sei hingegen gestiegen. Der kommunale Schuldenberg sei weiter gewachsen, am stärksten in kleinen Gemeinden, die im Interesse ihrer Bürger weiter investiert hätten.

Ein Schritt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit wäre der schrittweise Ausstieg aus dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel für die Aufteilung der gemeinsamen Steuereinnahmen. Als Kompromiss habe der Gemeindebund in ersten Verhandlungen mit dem Städtebund vorgeschlagen, in bis 2004 den Sockelbetrag pro Einwohner von derzeit 102 auf 1.000 Schilling anzuheben. Das würde insgesamt rund eine Milliarde bewegen, Wien und andere große Städte würden dabei allerdings verlieren. Es müsse eine Änderung geben, forderte Mödlhammer: "Gefragt ist ein flexibles System der Verteilung, das sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, unabhängig von der Gemeindegröße".

(Schluss) ka/je

APA0438 2000-09-28/13:57

281357 Sep 00

Kommunales/NLK/Gemeindetag/Dornbirn \*\*\*OTS-PRESSEAUSSSENDUNG\*\*\*

## **Österreichischer Gemeindetag in Dornbirn**

Utl.: Präs. Mödlhammer: Gerechtigkeit für die kleinen Gemeinden! =

St.Pölten (NLK) - Unter dem Motto "Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit - Vision oder Illusion" steht am Freitag, 29. September, in Dornbirn der 47. Österreichische Gemeindetag. In einer Pressekonferenz bezeichnete heute der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister Helmut Mödlhammer, die Erhaltung und Absicherung der bewährten Gemeindestrukturen als wichtige Grundvoraussetzung für eine Politik der Nachhaltigkeit, also für ein Planen und Handeln, das auch die Lebensbedingungen künftiger Generationen im Auge hat.

Ein Prüfstein dafür seien die derzeitigen Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich. Mödlhammer nannte auch die Kernforderung des Gemeindebundes als Interessenvertretung von 2.349 österreichischen Kommunen: "Es muss jetzt endlich, bevor es zu spät ist, der erste Schritt zur Abschaffung des ungerechten und antiquierten abgestuften Bevölkerungsschlüssels erfolgen!"

Dieser Schlüssel, nach dem kleinere Gemeinden auch pro Einwohner weniger aus dem "Steuertopf" erhalten, stemple die Menschen in den Kleingemeinden zu "Bürgern zweiter Klasse". Der Präsident des Gemeindebundes: "Dieses starre System müsste längst ausgedient haben. Gefragt ist ein flexibles System der Verteilung, das sich am Bedarf, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, unabhängig von der Gemeindegröße."

Wissenschaft und Praxis seien gefordert, bis zum nächsten Finanzausgleich die Grundlagen für ein solches bedarfsorientiertes System auszuarbeiten, schon jetzt müsste aber eine Weichenstellung in diese richtige Richtung erfolgen, etwa durch eine Anhebung des für alle Gemeinden gleichen Sockelbetrages.

Präsident Mödlhammer betonte weiters, dass sich die Gemeinden und ihre Interessenvertretung zum Sparkurs und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bekennen. Die Gemeinden könnten allerdings nicht mehr zur Kasse gebeten werden, ihr Spielraum sei ausgereizt. Sie hätten keine Möglichkeit mehr, Betriebe und Dienstleistungen auszugliedern oder beim Personal zu sparen. Er erinnerte daran, dass der Anteil der Gemeinden am gesamten "Steuerkuchen" in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist, während jener der Länder und vor allem der des Bundes sehr deutlich zugenommen haben.

Konkrete Forderungen gerade in Hinblick auf eine Politik der Nachhaltigkeit erhob Mödlhammer auch im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und der Wasserwirtschaft. Die Gemeinden seien bereit, jeden vernünftigen Weg der Müllentsorgung aktiv mitzugehen, sie bräuchten aber Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen von Bund und Ländern. Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft müssten die finanziellen Mittel sichergestellt sein, damit auch in Zukunft Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen im ländlichen Raum gebaut werden können, ohne der Bevölkerung unzumutbare Kosten aufzubürden. Dabei müssten klare Prioritäten gelten, bekräftigte der Präsident eine alte Forderung des Gemeindebundes: "Wichtiger als der Stand der Technik sind die Bedürfnisse der Menschen. Es kann doch nicht sinnvoll sein, dass in einer Gemeinde Millionen investiert werden müssen, um den Reinigungsgrad der Kläranlage um ein oder zwei Prozent anzuheben, während in einer anderen nicht einmal die Grundversorgung vorhanden ist."

Präsident Mödlhammer zusammenfassend: "Um auch in Zukunft ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können, nämlich Lebensqualität für die Bürger zu schaffen und als größte öffentliche Investoren Arbeitsplätze abzusichern, brauchen die Gemeinden einen entsprechenden Gestaltungsspielraum, Rechts- und Planungssicherheit und die erforderlichen finanziellen Mitteln. Nur dann werden sie auch im Interesse künftiger Generationen nachhaltig agieren und gerade im kleinen, überschaubaren Raum die Bürger zu nachhaltigem Handeln motivieren können."

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle  
Tel.: 02742/200/2180

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

OTS0215 2000-09-28/12:40

281240 Sep 00

---

OTS0140 5 II 0312 NSN003 CI

Do, 28.Sep 2000

Kommunales/Gemeindetag/Niederösterreich \*\*\*OTS-PRESSEAUSSENDUNG\*\*\*

### **LR Knotzer: Bundesregierung darf ihre Probleme nicht auf die Gemeinden abschieben**

Utl.: Österreichischer Gemeindetag steht im Zeichen des Finanzausgleiches und der Budgetpolitik des Bundes=

St. Pölten, (SPI) - Der dieser Tage stattfindende Österreichische Gemeindetag ist die größte kommunalpolitische Konferenz in unserer Republik und findet heuer in Dornbirn statt. Dieser 47. Österreichische Gemeindetag steht voll und ganz im Zeichen der laufenden Finanzausgleichsverhandlungen und den Budgetkürzungen der blauschwarzen Bundesregierung. "Bei den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen häufen sich die Anzeichen, dass der Bund seine Kürzungen auf die Gemeinden überwälzen will. Natürlich sind die Gemeinden bereit, einen Beitrag zu leisten. Es kann jedoch nicht sein, dass die Gemeinden wie ein Bürge für die Schulden, die der Bund gemacht hat, zur Verantwortung gezogen werden. Die Sorgen der Städte und Gemeinden sind auf Grund der aktuellen Einsparungswelle der FP/VP-Regierung sicherlich gerechtfertigt", betont der in Niederösterreich für Gemeinden zuständige Landesrat Fritz Knotzer.\*\*\*\*

"Die Gemeinden haben schon jetzt ohne zusätzliche Belastungen durch den Bund mit schwierigen Situationen fertig zu werden. Steuerreform, Getränke- und Werbesteuer haben dafür gesorgt, dass in den Gemeindekassen 5 bis 6 Milliarden Schilling fehlen. Zur Zeit ist den Gemeinden noch die Möglichkeit eingeräumt, ihr Budget um 0,1 Prozent zu überschreiten. Allerdings bastelt Finanzminister Grasser fleißig daran, dass dieser Freiraum bald der Vergangenheit angehört und die Gemeinden stattdessen einen Budgetüberschuss von +0,167 Prozent zu erwirtschaften haben. So eine drastische Maßnahme lässt sich nur sehr schwer und sicher nicht von heute auf morgen umsetzen. Die Gemeinden haben ihre Belastbarkeitsgrenze erreicht und eine jede weitere Kürzung ihrer Finanzmittel hätte automatisch zur Folge, dass Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zurückgenommen bzw. verteuert werden müssten. Deshalb darf die blauschwarze Bundesregierung nicht ihre Probleme einfach auf die Gemeinden abschieben. Für die Zukunft ist ein konstruktives Miteinander, statt ein sich abzeichnendes Gegeneinander erforderlich", so Landesrat Knotzer, der als ein Vertreter Niederösterreichs am Österreichischen Gemeindetag teilnimmt.  
(Schluss) as

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Tel: 02742/200/2794

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

OTS0140 2000-09-28/10:46

281046 Sep 00

---

APA0458 5 II 0315

Di, 26.Sep 2000

## **"Österreichischer Gemeindetag" heuer in Vorarlberg**

Utl.: Gemeinden mahnen neuen Finanzausgleich ein =

Bregenz/Dornbirn (APA) - An die 2.000 Bürgermeister und Kommunalpolitiker werden beim 47. "Österreichischen Gemeindetag" erwartet, der am Donnerstag und Freitag in Dornbirn stattfindet. Der diesjährige Gemeindetag und steht im Zeichen von Budgetsanierung und Finanzausgleichsverhandlungen, erinnerte der Feldkircher Bürgermeister Wilfried Berchtold als Präsident des gastgebenden Vorarlberger Gemeindeverbandes am Dienstag in Dornbirn.

Österreichs Gemeinden würden die Partnerschaft mit Bund und Ländern einmahnen, um auch in Zukunft den Grundsätzen von "Zukunftssicherung durch Nachhaltigkeit" entsprechen zu können. Der Österreichische Gemeindetag ist die größte kommunalpolitische Veranstaltung der Republik und wird jährlich vom Österreichischen Gemeindebund in einem anderen Bundesland durchgeführt. Im Gemeindebund sind 2.346 von den insgesamt 2.359 österreichischen Gemeinden vertreten. Präsident ist der Salzburger Helmut Mödlhammer.

Angesichts der laufenden Verhandlungen um einen neuen Finanzausgleich wird die Finanzlage der Kommunen naturgemäß im Mittelpunkt des Gemeindetages stehen. Die zentrale Forderung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Gemeinden zielt auf eine Abänderung des so genannten "abgestuften Bevölkerungsschlüssels" und damit auf die ungerechte Verteilung der Finanzmittel.

Die Bundeshauptstadt Wien erhalte rund doppelt so viel an "Kopfquote" pro Einwohner wie eine Gemeinde unter 10.000 Einwohner, kritisierte Berchtold. Der Gemeindebund habe sich darauf festgelegt, dass den Gemeinden in Hinkunft "die Mittel in einer aufgaben- und bedarfsgerechten Weise" zur Verfügung gestellt werden und erwarte sich von den Finanzausgleich-Verhandlungen einen "Einstieg in einen sorgsam Ausstieg" aus dem bisherigen starren Verteilungssystem.

Als Prolog zum Gemeindetag findet Mittwochabend auf der Schattenburg in Feldkirch eine Sitzung des Gemeindebund-Bundesvorstandes statt. Donnerstagvormittag wird im Kulturhaus Dornbirn das Thema "Dorf- und Regionalentwicklung" behandelt. Für den Nachmittag hat der Vorarlberger Gemeindeverband ein Besuchsprogramm mit Beispielen nachhaltiger Kommunalpolitik im Ländle organisiert.

Bei der Haupttagung am Freitag werden in der Dornbirner Messehalle neben Bundespräsident Thomas Klestil auch die Minister Wilhelm Molterer und Elisabeth Sickl, Staatssekretär Alfred Finz, Landeshauptmann Herbert Sausgruber, die Bürgermeister von Dornbirn und Bregenz sowie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer das Wort ergreifen.

(Schluss) ka/si/bi

APA0458 2000-09-26/14:13

261413 Sep 00

---

OTS0219 5 II 0235 NVL033

Di, 26.Sep 2000

*Politik/Gemeinden/Finanzen/Sausgruber \*\*\*OTS-PRESSEAUSSSENDUNG\*\*\**

### **LH Sausgruber: Land ist verlässlicher Partner der Gemeinden**

Utl.: Mehr als eine Milliarde Schilling Zuschüsse pro Jahr =

Bregenz (VLK) - "Das Land Vorarlberg wird auch künftig ein verlässlicher Partner der heimischen Städte und Gemeinden sein", bekräftigte Landeshauptmann Herbert Sausgruber heute, Dienstag, im Vorfeld des diese Woche im Ländle stattfindenden 47. Österreichischen Gemeindetages. Pro Jahr



erhalten die Vorarlberger Gemeinden aus Bedarfszuweisungen, echten Landesbeiträgen und aus dem Strukturfonds Zuschüsse von über einer Milliarde Schilling (rund 73 Millionen Euro). \*\*\*\*

Sausgruber unterstrich vor allem die Bedeutung des Strukturfonds, aus dem kleine, strukturschwache Gemeinden zusätzliche Mittel erhalten können. Gefördert werden dabei vor allem Projekte, die für Grundausstattung und Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben in den Gemeinden von besonderer Bedeutung sind, zum Beispiel Neubau und Sanierung von Pflichtschulen, Kultursälen, Feuerwehrgerätehäusern, Gehsteigen oder Sportanlagen.

Seit es dieses gemeinsam mit dem Vorarlberger Gemeindeverband eingerichtete Förderinstrument gibt, wurden laut Landeshauptmann Sausgruber schon weit mehr als 200 Projekte in finanzschwachen bzw. strukturbedürftigen Gemeinden mit mehr als 82 Millionen Schilling (5,9 Millionen Euro) gefördert. Insgesamt wurde ein Investitionsvolumen von rund 1,2 Milliarden Schilling (87,2 Millionen Euro) ausgelöst.

Aus gegebenem Anlass kommentierte Sausgruber auch die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen. Diese seien "ein Stück weit gediehen", es bestehen aber noch "einige wesentliche offene Fragen". Sausgruber bekräftigte die "Bemühungen, die Gemeinden von weiteren Belastungen frei zu halten".  
(gw,nvl)

Rückfragehinweis: Landespressestelle Vorarlberg

Redaktion/Chef vom Dienst  
Tel.: 05574/511-20137  
Fax: 05574/511-20190  
Hotline: 0664 625 56 68 oder 625 56 67  
email: [presse@vlr.gv.at](mailto:presse@vlr.gv.at)  
<http://www.vorarlberg.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0219 2000-09-26/13:51

261351 Sep 00

---

APA0611 5 II 0131

Do, 09.Mär 2000

*Kommunales/Vorarlberg*

### **Österreichischer Gemeindetag 2000 in Vorarlberg**

Utl.: 1.700 Mandatare kommen Ende September nach Dornbirn =

Bregenz (APA) - Der Österreichische Gemeindetag 2000 wird vom 27. bis 29. September in Dornbirn über die Bühne gehen. Rund 1.700 Bürgermeister und Gemeindevandatare zwischen Neusiedler- und Bodensee werden drei Tage im Ländle konferieren. Der 47. Gemeindetag wird im Kulturhaus und im Messegelände abgehalten, gab der Dornbirner Bürgermeister Wolfgang Rümmele am Donnerstag bekannt.

Einmal im Jahr treffen die Mitglieder des Gemeindebundes zum Gemeindetag zusammen. Im Vorjahr war Sazburg Tagungsort. Der Dornbirner Gemeindetag unter Ehrenschutz von Bundespräsident Thomas Klestil und Landeshauptmann Herbert Sausgruber wird vom Vorarlberger Gemeindeverband mit Unterstützung der Stadt Dornbirn organisiert. Neben dem Erfahrungsaustausch und der Behandlung kommunaler Themen und Anliegen bietet Dornbirn auch Exkursionen in die Regionen Bodensee-Alpenrhein, Bregenzerwald, Arlberg und Montafon.

(Schluss) ka/mk

APA0611 2000-03-09/16:16

091616 Mär 00